



Die Vorsitzende des
Ausschusses für Frauen, Gleichstellung und
Sicherheit

der Stadtverordnetenversammlung

Amt der Stadtverordnetenversammlung

E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de

Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden

Telefon (0611) 31-3738

Telefax (0611) 31-3902

Sachbearbeiter: Herr Baldus

E-mail: Johannes.Baldus@wiesbaden.de

Wiesbaden, 05.10.2023

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung

des Ausschusses für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit

am Dienstag, 10. Oktober 2023, um 17:00 Uhr,

Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung

1. Genehmigung der Niederschrift
2. **23-A-78-0006**
Vorstellung des Vereins EXINA e.V.
3. **23-A-78-0007**
Vorstellung des Vereins Mädchentreff Wiesbaden e.V.

Gleichstellung:

4. 23-F-69-0070

Regelmäßiger Bericht der LSBT*IQ Koordinierungsstelle im Ausschuss
- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 04.10.2023

Die Stadt Wiesbaden setzt sich nachdrücklich für Vielfalt und Inklusion in unserer Gemeinschaft ein. So wurde die Koordinierungsstelle für Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans*, intergeschlechtliche und queere Menschen (LSBT*IQ) im August 2018 in unserer Stadt eingerichtet.

Gemäß der Konzeption, die in einem partizipativen Prozess mit der LSBT*IQ-Community vereinbart wurde, arbeitet die Koordinierungsstelle in mehreren Handlungsfeldern. Diese umfassen fachpolitische Arbeit, Unterstützung der Community, Unterstützung der städtischen Ämter und Abteilungen, Akzeptanzförderung und Beratung. Die LSBT*IQ-Koordinierungsstelle verfügt somit über wertvolle Erfahrungen und Expertise in Bezug auf die speziellen Herausforderungen und Bedürfnisse der Community.

Der Ausschuss Frauen, Gleichstellung und Sicherheit möge beschließen:

Die LSBT*IQ Koordinierungsstelle wird zukünftig in jede Sitzung des Ausschusses für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit eingeladen, um so die Möglichkeit zu bieten, regelmäßig einen Bericht der aktuellen Anliegen der Community und der LSBT*IQ Koordinierungsstelle zu erhalten.

Frauen:

5. 23-F-22-0021

Täterarbeit im Rahmen der Istanbul Konvention
- Antrag der Fraktionen CDU und FPD vom 21.06.2023 -

Hinweis: Der Bericht von Dezernat II vom 31. August 2023 ist im PiWI eingestellt.

6. 23-F-63-0066

Gewährleistung von selbstbestimmter Empfängnisverhütung durch einen Verhütungsmittelfonds
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 26.04.2023 -

Hinweis: Der Bericht von Dezernat VI vom 28. Juli 2023 ist im PiWI eingestellt.

7. 23-V-02-0006

DL 23/23-1

Beitritt zur "Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene"

8. 23-F-63-0031

Beratungs- und Unterstützungsangebot für Prostituierte in Wiesbaden ausweiten
-Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 01.03.2023 -

Anlage:
Beschluss Nr.0024. des Ausschusses für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit vom 07.03.2023

9. 23-F-76-0003

Konzept eines FrauenNachttaxis für Wiesbaden vorlegen

Anlage:
Beschluss Nr.0028 des Ausschusses für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit vom 07.03.2023

10. 21-A-78-0001

Aktueller Bericht aus dem kommunalen Frauenreferat

Sicherheit:

11. 23-F-22-0011

Wiesbadener Ergebnisse der Umfrage zum bundesweiten Warntag
- Antrag der Fraktionen FDP und CDU vom 01.03.2023 -

Hinweis: Der Bericht von Dezernat I vom 07. August 2023 ist im PiWI eingestellt.

12. 23-F-69-0071

Bestandsaufnahme und Maßnahmenplanung pro Feuerwache/Feuerwehrgerätehaus
- Antrag der Fraktionen FDP, CDU, BLW/ULW/BIG vom 04.10.2023 -

Um sowohl der Berufsfeuerwehr als auch den ehrenamtlich tätigen freiwilligen Feuerwehren die dringend gebotene Wertschätzung und Achtung entgegenzubringen, als auch den Stadtverordneten eine Entscheidungshilfe für die Haushaltsberatungen und darüber hinaus an die Hand zu geben, ist analog zu der Grundsatzvorlage für den Krisen- und Katastrophenfall, ein Konzept bzw. Handlungsempfehlung dringend erforderlich.
(In der SV 23-V-37-005 wird von einem Zeithorizont von 10 Jahren ausgegangen). Evtl. Synergieeffekte zwischen der Ertüchtigung von Gebäuden für den Katastrophenfall und der Instandsetzung von Feuerwachen und Feuerwehrgerätehäusern sind herauszuarbeiten.

Der Ausschuss wolle daher beschließen:
Der Magistrat wird gebeten,

- schnellstmöglich einen groben Überblick über den Zustand der Feuerwachen und Feuerwehrgerätehäuser sowie die (grob) geschätzten Kosten für eine Bestandsaufnahme und einen Maßnahmenkatalog zu ermitteln.
- für die Haushaltsberatungen eine erste Budgetierung, welche Beträge für den HH 2024/2025 für eine Bestandsaufnahme und Maßnahmenplanung eingestellt werden müssen.
- mitzuteilen, über welchen Zeitraum sich die Sanierungs-/Instandsetzungs-/ oder Neubaumaßnahmen erstrecken werden und welcher Kostenrahmen in Ansatz zu bringen ist.
- zu überprüfen, inwieweit Instandhaltungsbudgets der Ämter 10 und 37 vorhanden sind
- zu prüfen, ob im Zuge der Ertüchtigung auch ein Beitrag für Nachhaltigkeit und Klimaverbesserung geleistet werden kann und ob damit verbunden entsprechende Fördermittel zu erhalten sind.

13. 22-A-78-0002

Aktueller Bericht zu Stromengpässen und Gasmangellage

14. Verschiedenes

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Coigné
Vorsitzende

LANDESHAUPTSTADT



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und
Sicherheit -

Tagesordnung I Punkt 7 der öffentlichen Sitzung am 7. März 2023

Vorlagen-Nr. 23-F-63-0031

Beratungs- und Unterstützungsangebot für Prostituierte in Wiesbaden ausweiten -Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 01.03.2023 -

Auch wenn es im täglichen Stadtbild meist fernab der öffentlichen Wahrnehmung stattfindet: In Wiesbaden ist Prostitution nach wie vor ein alltäglicher Bestandteil des Stadtlebens. Prostitution findet vor allem als Innenprostitution statt. Einige Prostituierte gehen der Prostitution im Stadtgebiet in (Privat)wohnungen nach, die genehmigten Prostitutionsstätten befinden sich in denen als fünf Toleranzzonen deklarierten Gebieten. Laut offiziellen Angaben haben seit März 2018 nahezu 900 Personen in Wiesbaden eine Anmeldebescheinigung beantragt und erhalten.[1]

Die tatsächliche Anzahl der Prostituierten dürfte höher sein, auch Zwangsprostitution ist tägliche Realität. Es sind dabei vor allem Frauen aus Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Polen und der Dominikanischen Republik, die sexuelle Dienste anbieten. Ökonomische Gründe und berufliche Perspektivlosigkeit bilden dabei zentrale Gründe. Die Sicherheit und Unterstützung der Prostituierten, insbesondere im Falle des Ausstiegs Wunsches, ist daher unabdingbar. Bundesweit gibt es in vielen Großstädten daher Beratungsstellen für Prostituierte. Ein Bedarf besteht auch in Wiesbaden.

Der Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten:

- 1) ein Konzept für eine niedrighschwellige Beratungsstelle zu erstellen, in welcher Prostituierte kostenlosen Zugang zu medizinischer und psychosozialer Beratung erhalten. Bei einem Ausstiegswunsch unterstützt die Beratungsstelle durch Vernetzung mit anderen Einrichtungen in Wiesbaden bei der Klärung ihrer finanziellen und Aufenthaltsrechtlichen Situation, der Suche nach Wohnungen und Arbeitsmöglichkeiten sowie der Vermittlung in Substitutions- oder Therapieangebote. Das erstellte Konzept sollte als Pilotprojekt starten, aus dem dann passgenau Kriterien für den Aufbau der Beratungsstelle abgeleitet werden.
- 2) Dabei sollte unter anderem auf erfolgreiche Konzepte anderer Städte wie z.B. das Café la Strada oder die Beratungsstelle Amalia in Mannheim zurückgegriffen werden.
- 3) Bestandteil des Konzepts ist dabei die Aufstellung der benötigten finanziellen Mittel, welche die benötigte Sachausstattung sowie die personellen Ressourcen enthalten, sodass diese in die Haushaltsberatungen 24/25 einfließen können.

Beschluss Nr. 0024

- I. Die Präsentation von Frau Veit-Prang wird zur Kenntnis genommen.
- II. Der Antrag soll in einer kommenden Sitzung des Ausschusses erneut beraten werden und gilt in folgender Fassung als eingebracht:

Der Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten:

- 1) ein Konzept für eine niedrigschwellige Beratungsstelle zu erstellen, in welcher Prostituierte kostenlosen Zugang zu medizinischer und psychosozialer Beratung erhalten. Bei einem Ausstiegswunsch unterstützt die Beratungsstelle durch Vernetzung mit anderen Einrichtungen in Wiesbaden bei der Klärung ihrer finanziellen und Aufenthaltsrechtlichen Situation, der Suche nach Wohnungen und Arbeitsmöglichkeiten *sowie im Falle vom Drogenabhängigkeit* der Vermittlung in Substitutions- oder Therapieangebote. Das erstellte Konzept sollte als Pilotprojekt starten, aus dem dann passgenau Kriterien für den Aufbau der Beratungsstelle abgeleitet werden.
- 2) Dabei sollte unter anderem auf erfolgreiche Konzepte anderer Städte wie z.B. das Café la Strada oder die Beratungsstelle Amalia in Mannheim zurückgegriffen werden.
- 3) Bestandteil des Konzepts ist dabei die Aufstellung der benötigten finanziellen Mittel, welche die benötigte Sachausstattung sowie die personellen Ressourcen enthalten, sodass diese in die Haushaltsberatungen 24/25 einfließen können.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, 23.03.2023

Mechthilde Coigné
Vorsitzende

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .03.2023

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .03.2023

Dezernat IV/F
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Oliver Franz
Bürgermeister

LANDESHAUPTSTADT



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und
Sicherheit -

Tagesordnung I Punkt 9.2 der öffentlichen Sitzung am 7. März 2023

Vorlagen-Nr. 23-F-76-0003

Konzept eines FrauenNachttaxis für Wiesbaden vorlegen

- Ersetzungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, SPD, FDP, Die Linke, Volt, FW/Pro Auto und BLW/ULW/BIG zum TOP I.9 der Sitzung des Ausschusses für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit vom 07.03.2023 -

Die Sicherheit von FLINTA* im öffentlichen Raum spielt immer wieder, auch in Berichterstattungen, eine große Rolle. Verschiedene Initiativen, wie z.B. CatCallsOfWiesbaden, versuchen die sexualisierte Gewalt in der Öffentlichkeit transparent zu machen und an den Orten offen zu legen. Dies allein führt aber leider noch nicht dazu, dass FLINTA* sich in der Öffentlichkeit frei bewegen können und dabei ein gutes Gefühl haben. Die Gewalt, die von männlich gelesenen Personen ausgeht, ist auch heute noch Fakt und der weit größere Anteil, wenn es um sexualisierte Gewalt und Übergriffe geht.

Um FLINTA* einen sicheren Heimweg zu ermöglichen, wurde jetzt auch in Wiesbaden das Heimwegtelefon aktiv beworben, um auf die Möglichkeit der telefonischen Heimwegbegleitung aufmerksam zu machen.

Eine weitere sehr sinnvolle Möglichkeit sind FLINTA* Nachttaxen. In verschiedenen Städten, wie z.B. Freiburg im Breisgau¹, Heidelberg², Hannover³, München⁴ und Mannheim⁵ sind diese bereits eingeführt und etabliert. Sie bieten allen FLINTAs* die Möglichkeit, nachts ein Taxi zu nutzen. Dieses wird durch einen städtischen Zuschuss mitfinanziert.

Das sind alles sehr sinnvolle Maßnahmen, sie können aber jeweils nur als Puzzleteile einer Gesamtlösung begriffen werden. Die Gewalt muss gestoppt werden, das sollte immer oberstes Ziel sein. Dass FLINTA* sich Wege und Lösungen suchen müssen, um sicher nach Hause zu kommen, kann nicht der gesellschaftliche Anspruch einer offenen und toleranten Stadtgemeinschaft sein.

Der Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

¹ www.freiburg.de - Leben in Freiburg/Zielgruppen/Frauen/Frauenbeauftragte/Frauennachttaxi

² heidelberg.de - Frauen-Nachttaxi

³ [Frauennachttaxi | Taxi | Mobil in Hannover | Service - Hannover.de](http://Frauennachttaxi|Taxi|MobilinHannover|Service-Hannover.de)

⁴ Frauen-Nacht-Taxis für München: Infos zum Gutscheinsystem - muenchen.de

⁵ [Das Mannheimer FrauenNachtTaxi geht an den Start! | Mannheim.de](http://DasMannheimerFrauenNachtTaxigehtandenStart!|Mannheim.de)

- 1) zu prüfen und zu berichten, wie ein möglichst niedrighschwelliges Konzept zur Einführung eines FLINTA* Nachttaxis gestaltet werden kann. Hierbei sollte sich insbesondere an den Städten orientiert werden, welche dies schon nutzen.
Da die Ausgestaltungen der Städte sehr unterschiedlich sind, wäre eine Mini- und eine Maximalvariante wünschenswert.
- 2) das Konzept (oder die Konzepte) - möglichst bis Herbst 2023 - im Ausschuss vorzustellen
- 3) bis zur Haushaltsverhandlung eine Kostenaufstellung vorzulegen

Beschluss Nr. 0028

- III. Die Präsentation von Frau Veit-Prang wird zur Kenntnis genommen.
- IV. Der Antrag wird angenommen.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, 23.03.2023

Mechthilde Coigné
Vorsitzende

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .03.2023

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .03.2023

Dezernat IV/F
Mit der Bitte um weitere Veranlassung

Dr. Oliver Franz
Bürgermeister